



Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen am 11. Juli 1920

Von Tobias Körfer

Der Japaner blickte äußerst unbewegt drein, wie es seine Art war. Der Engländer lächelte sein lebenswürdigstes Diplomatenlächeln. Der Italiener sann ein wenig nach, als er das Ergebnis in den Händen hielt, dann sagte er mit einem feinen Lächeln: „Wo waren da eigentlich die Sachverständigen von Versailles?“ Die Franzosen aber machten strenge Gesichter und sagten untereinander: „C'est incroyable!“ [Das ist unglaublich!, d. Red.]. Ein für wahr unglaubliches Ereignis, diese Abstimmung in West- und Ostpreußen.

Polen forderte zunächst wie im Fall Westpreußen bezüglich des südlichen Ostpreußen das gesamte spätere Abstimmungsgebiet ohne vorheriges Plebiszit. Die vorgebrachten Argumente für dieses Ansinnen lauteten, daß das Abstimmungsgebiet Ost- und Westpreußen ursprünglich polnisch gewesen sei. Das war zwar historisch fragwürdig, im Kalkül des polnischen Staates jedoch zwingend

geboten. Schließlich sprach sich Roman Dmowski, polnischer Verhandlungsführer in Versailles und späterer Ministerpräsident der 2. polnischen Republik, gegen einen Korridor durch deutsches Reichsgebiet aus, da dieser einen strategischen Unsicherheitsfaktor darstelle und ständig Sorge vor künftigen deutschen Bestrebungen zur Grenzrevision hervorrufen würde. Daher machte Polen weitreichende Vorschläge, wie mit West- und Ostpreußen zu verfahren sei. Der nördliche Teil Ostpreußens, jener, der nicht zur Abstimmung stand, sollte in eine eigene Republik unter polnischer Mit-Aufsicht, ähnlich der sog. „Freien Stadt“ Danzig, umgewandelt werden. Daß man es mit seinen Ansprüchen durchaus ernst zu sein schien, erweist sich dadurch, daß mehrfach versucht wurde, mittels Gewaltanwendung, wie in Posen zwischen Weihnachten und Neujahr 1918/19, auch Westpreußen vollständig zu annektieren.

Die polnische Seite hätte es besser wissen können. Schon im Jahre 1914 schrieb der polnische Historiker Włodzimierz Wakar, daß die im südlichen Ostpreußen lebenden slawischen Masuren sich „zumeist nicht als Polen betrachteten und die Trennung zwischen ‚polnisch‘ und ‚masurisch‘ in der deutschen Statistik kein Germanisierungsmittel ‚von hintenrum‘ ist, sondern vielmehr dem wirklichen nationalen Bewußtsein dieser Bevölkerung entspricht.“ Ein anderes Zitat von Stanislaw Zielinski aus dem Jahre 1918 macht dies noch viel deutlicher: „Polnisch ist der Masure leider nur der Sprache nach. Nationale Aufklärung fehlt ihm, er zählt zu den treuesten Untertanen des preußischen Königs.“



Gedenkstein in Lehlesken, Kr. Ortelsburg



Abstimmungsdenkstein in Bischofstein

Wojciech Wrzesinski drückt dies mit folgenden Worten aus: „Für Polen bedeutete das eine verlorene Sache nicht erst, als die Abstimmungsergebnisse bekannt wurden, sondern bereits die Entscheidung selbst, dieselbe abzuhalten.“ Als die Alliierten die Abstimmung beschlossen hatten, brachte Polen eine Übergangszeit von 150 Jahren ins Spiel, später wurde diese Frist auf fünf Jahre polnischer Verwaltung reduziert.

Grundlage der polnischen Forderungen war die Annahme, daß die Alliierten, ohne zu hinterfragen, zustimmen würden. Nachdem dies nicht geschah, hätte die polnische Seite im Grunde ihre Vorbereitungen auf die Abstimmung einstellen können. Daß sie dies nicht tat, mag daran gelegen haben, daß man darum bemüht war, vor der Weltöffentlichkeit wenigstens das Gesicht zu wahren und bei einer Abstimmung so viel wie möglich „herauszuschlagen“. Mit einem schier unglaublichen finanziellen, materiellen und personellen Aufwand wurde, von Warschau aus zentral gelenkt, der „Wahlkampf“ vor der Abstimmung betrieben. Der Zentralismus der polnischen Kampagne war zugleich ihr größter Fehler. Abgesehen von der Chancenlosigkeit, die bereits von polnischen Historikern vor der Abstimmung konstatiert wurde, tat das unsensible Auftreten der polnischen „Wahlkämpfer“ und ihr – da sie aus Zentralpolen nach Ostpreußen kamen – nicht vorhandenes Verständnis für die spezielle Gesinnungslage v. a. der Masuren – diese waren nahezu vollständig protestantischen Glaubens –, ein übriges zu dem desaströsen Ergebnis

dazu. Das Personal der deutschen Seite, finanziell nicht annähernd so ausgestattet wie die polnische Kampagne, hingegen stammte vollständig aus der Region selber, war mit den Ansichten und der Gefühlslage der Bevölkerung bestens vertraut und genoß, da die Masuren die „treuesten Preußen“ waren, großen Rückhalt in der Bevölkerung. Alles in allem erweckt ein solches Verhalten den Eindruck, sich mit Gegebenheiten nicht abfinden zu können, wie ein Besuch in dem polnischen „Abstimmungsmuseum“ im Allenstein dieser Tage nur noch einmal bestätigt. Daß Polen jedoch, wenn auch nicht offiziell, das Ergebnis der Volksabstimmung „anerkannt“ hat, beweist in trauriger Weise der Umstand, daß nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Bevölkerung des vormaligen Abstimmungsgebietes größtenteils vertrieben wurde.

„Obwohl mehr als 60 Prozent der Bevölkerung des Abstimmungsgebietes nicht rein deutschen Blutes, sondern ein Grenzvolk sind, haben doch am 11. Juli 1920 beinahe 98 Prozent mit ehrlicher Begeisterung sich zum deutschen Staatsgedanken bekannt. Dieses überraschende Ergebnis hat fraglos erheblich dazu beigetragen, die Zweifel an der Weisheit und Gewissenhaftigkeit des Hohen Rates in Paris vor aller Welt zu verstärken.“

(...)

„Dem äußersten, östlichen Winkel Deutschlands war es vorbehalten, den Beweis zu erbringen, daß trotz Zusammenbruch und Revolution im deutschen Volke noch Kräfte stecken, die imstande sind, die Zerrissenheit zu überbrücken, die Masse auf ein Ziel hin zusammenzuschweißen, sie erst zum Volk zu machen. Das ist der ideale Gewinn, den die schwere Prüfungszeit der Abstimmung erbracht hatte.“

Max Worgitzki (1884-1937)



Abstimmungsdenkmal in Allenstein